

preußischen Reformen und vor allem die Freizügigkeit von (Land-)Arbeitern waren, die den Staatsaufbau wirklich voranbrachten.

Das Buch besticht durch eine Fülle an Details und das Zusammenziehen unterschiedlichster Literaturen. Das Forschungsdesign ist interessant, denn die Vergleiche ziehen sich über mehr als 100 Jahre. Es leistet einen wertvollen Beitrag für das Verständnis von Staatskapazität und seiner historischen Wurzeln. Insbesondere vermeidet es die Engführung dieser Diskussion auf Kriege und Ressourcen.

Etwas inkonsequent ist die Diskussion um die Messung und Konzeptualisierung von Staatskapazität. Der Autor schlägt sich auf die Seite derjenigen, die *quality of government* vor allem über die Stärke der öffentlichen Verwaltung definieren. Das scheint konsequent, erfreulich klar und unideologisch; es folgt keiner Prädisposition für eine bestimmte Art der Staatlichkeit beispielsweise im Bereich der Wirtschaftspolitik. Jedoch fällt der Autor bei der Messung dann wieder auf bereits existierende Variablen zurück, vor allem die Steuereinnahmen und -ausgaben. Es wäre interessanter gewesen, mehr Information über andere Bereiche staatlicher Organisationen zusammen zu ziehen, zum Beispiel über die Zahl und das Qualifikationsniveau staatlicher Angestellter.

Auch ist nicht immer klar, was die letzten Ursachen der beiden Hauptfaktoren sind. Beispielsweise spielen die Art der Landwirtschaft und des Kolonialismus vermutlich eine wichtige Rolle, um zu klären, wie repressiv das Arbeitsregime war. Stimmt diese These, dann sind Chile und Peru in Wirklichkeit nicht so ähnlich in ihren Ausgangsvoraussetzungen wie der Autor

behauptet. Da alle vier Länder auch unterschiedlich an Kriegen beteiligt waren, ist auch nicht ganz klar, wie solche confounding factors effektiv kontrolliert werden können.

Dennoch ist das Buch ein interessanter Beitrag zur Diskussion und keineswegs nur für Lateinamerikainteressierte zu empfehlen.

Achim Kemmerling

Semenova, Elena, Michael Edinger und Heinrich Best (Hrsg.). *Parliamentary Elites in Central and Eastern Europe. Recruitment and Representation*. London [u.a.]. Taylor & Francis 2014. 320 Seiten. 80,00 £.

Parlamentarier werden im Allgemeinen zur Funktionselite und im Besonderen zur politischen Elite eines Landes gezählt. In dieser Rolle sind sie der menschliche Anteil der sogenannten Transmissionsriemen zwischen Staat und Bevölkerung in westlichen Demokratien. Ihre Formation, also konkret Bildungs-, Religions- und ethnischer Hintergrund sowie ihre Geschlechterzugehörigkeit und ihr Alter, sind als Repräsentation der korrespondierenden Gruppe in der Gesamtbevölkerung eine tragenden Komponente in demokratischen Staaten. Veränderungen in der Zusammensetzung dieser Elite können den Output eines politischen Systems beeinflussen.

Schaut man auf die ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts, so ist 1989/90 eine Situation entstanden, die Claus Offe zu Recht als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ beschrieben hat. Der parallele Übergang von einer Parteidiktatur zur Demokratie, von einer Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der „sozialistischen Gesetzlich-

keit“ zur Rechtsstaatlichkeit sowie in einigen Fällen die Arrondierung des eigenen Territoriums sind die Hauptaufgaben des sogenannten Transformationsprozesses. In Bezug auf die Bildung einer parlamentarischen Elite hat dieser Prozess, auch durch das Fehlen, wie im Fall der ehemaligen DDR, eines alternativen Elitenreservoirs zu einer Durchsetzung der neuen Elite mit „alten Kadern“ geführt. Der vorliegende Band von *Elena Semenova*, *Michael Edinger* und *Heinrich Best* analysiert die Entwicklung dieser Gruppe im Zeitverlauf über Ländergrenzen hinweg.

Erschienen als Ausgabe drei der von *Keith Dowding* und *Patrick Dumont* herausgegeben Reihe „Routledge research on social and political elites“, baut der Band auf eine breite empirische Basis und jeweils landeseigene Experten für die elf inkludierten Fallbeispiele. Damit decken die 17 Autoren in ihren 14 Artikeln die Mehrzahl der „Central and East European (CEE)“ Staaten ab. Forschungsdesign und Datengrundlage sind aus dem Projekt „European Political Elites in Comparison: The Long Road to Convergence“ (EurElite) erwachsen und sind gleichzeitig eine Erweiterung desselben (16-17).

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt in der Darstellung der Entwicklung der repräsentativen Eliten auf Grundlage von Längsschnitterhebungen seit 1989/90 (18). Theoretisch würden Weißrussland, die neuen Staaten Südosteuropas, die in der Folge der Jugoslawienkriege in den 1990er und 2000er Jahren entstanden sind, sowie Bulgarien, Slowakei und Slowenien (26) den gesamten geographischen Raum abdecken. Doch während das erstgenannte Beispiel durch fehlende Transformation herausfällt, ist in den anderen Fällen die Datenerhe-

bung unvollständig oder schlicht nicht umfangreich genug, um belastbare Aussagen im Vergleich zu treffen.

In der Betrachtung der Daten wurden als theoretische Basis die Modernisierungstheorie, Pfadabhängigkeit, die Dimension der Eliten und parlamentarische Repräsentation herangezogen (3-8). In den Fallbeispielen sind dann das konstitutionelle Setting, die Wahl- und Parteiensysteme sowie die Wahlbeteiligung die Leitlinien (8-14). Externer Kontext ist die Integration in den „Westen“ allgemein und besonders die Europäisierung der betrachteten Staaten (14-16).

In der Struktur sind die Länderkapitel bei identischem Aufbau (20) nach der Einleitung in vier Gruppen eingeteilt, die jeweils aus geographischen und historischen Gründen große Gemeinsamkeiten im Transformationsprozess gezeigt haben (18). Die erste umfasst die Zentraleuropäischen Parlamente Tschechien (*Zdenka Mansfeldová*), Ungarn (*Gabriella Ilonszki/András-Schwarz*) und Polen (*Jacek Wasilewski/ Witold Betkiewicz*). In der zweiten Gruppe sind die baltischen Staaten Estland (*Mindaugas Kuklys*), Lettland (*Mindaugas Kuklys*) und Litauen (*Irmina Matonytė/Gintaras Šumskas*) versammelt. Dass die ersten beiden Aufsätze von denselben Autoren geschrieben wurden, schafft zu der innerhalb der Kapitel sehr vergleichbaren Struktur ein zusätzliches Moment der Homogenität. Kroatien (*Vlasta Ilišin/Goran Čular*) und Rumänien (*Laurențiu Ștefan/Răzvan Grecu*) bilden die dritte Gruppe, die durch die oben aufgelisteten Fehlstellen lediglich einen begrenzten intraregionalen Vergleich für Südosteuropa ermöglicht. Zuletzt werden Moldawien (*William Crowther*), Russland (*Oxana Gaman-*

Golutvina) und die Ukraine (*Elena Semnova*) als postsowjetische Staaten analysiert. In einem abschließenden Kapitel fassen die Herausgeber die Ergebnisse der Untersuchung zusammen und gehen im Detail auf ihre Hypothesen und die verschiedenen theoretischen Zugänge ein. Die empirischen Ergebnisse werden als deutlicher Beleg für die positive, sich weitestgehend an westeuropäische Werte annähernde Entwicklung beschrieben. Der durchschnittliche Parlamentarier ist zwischen 45-50 Jahre alt, eher männlich als weiblich, hoch gebildet – über 90 Prozent (288) – zumeist im technischen oder naturwissenschaftlichen Bereich, mit einer eher steigenden Vorerfahrung in der Wirtschaft (287-292). Der Grad der Professionalisierung steigt und damit der Anteil der Abgeordneten, die auf mehr als eine Legislaturperiode schauen können. Aber durch die hohe Volatilität und den Charakter des Parteienwettbewerbs sind diesem Trend Grenzen gesetzt (292-296). Ein wichtiger Hinweis ist, dass externe Faktoren – beispielsweise die Finanzkrise – einen tiefgreifenden Einfluss auf die Zusammensetzung und dann wiederum auf den Output der Parlamente und des politischen Systems haben könnten (304). Abgeschlossen wird die Publikation von einem Index der, in Anbetracht der großen Fallzahl, ausgesprochen hilfreich ist.

Schließlich kann gesagt werden, dass die Homogenität der Länderkapitel die Einordnung der Ergebnisse über Ländergrenzen hinweg erleichtert. Das verwendete statistische Material wird sehr gut in Grafiken und Tabellen aufgearbeitet. Zusätzlich forcieren die Herausgeber den Vergleich des Datenmaterials durch ihre Rahmung der Fallbeispiele mit einer „introduction“ und einer

„comparative analysis“. Insgesamt ergänzt der Band die Forschungsliteratur zu Rekrutierung und Repräsentation in Parlamenten und liefert damit eine Auswertung empirischen Materials, welches den Ist-Stand des Transformationsprozesses in der untersuchten Fallgruppe herausstellt. Zielgruppe für diesen wichtigen Forschungsbaustein sind daher vor allem Fachwissenschaftler, aber sicher auch Studenten der entsprechenden Areas.

Christian Nestler

POLITIKFELDBANALYSE

Gebhardt, Richard (Hrsg.).

Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft – Beiträge zur kritischen Bildungsarbeit. Weinheim und Basel. Beltz Juventa 2012. 231 Seiten. 29,95 €.

Mit dem diesem Band dürfte die politische und pädagogische Debatte um antisemitische Diskurse im wiedervereinigten, postnationalsozialistischen Deutschland unwiederbringlich in eine neue Phase getreten sein. Obwohl nicht wenige AutorInnen des vorzüglichen Bandes nicht müde werden, darauf hinzuweisen, dass „Antisemitismus“ keineswegs nur eine Äußerung vor allem muslimisch geprägter Immigranten ist, markiert schon der Titel eine paradigmatische Verschiebung. Judenhass, seit Mitte des 19. Jahrhunderts als „Antisemitismus“ bezeichnet, unterlag im Lauf seiner mindestens zweitausend Jahre alten Geschichte im Okzident, im Westen vielfältigen Wandlungen, die allemal von den jeweiligen gesellschaftlichen Konstellationen – unabhängig davon, ob in ihnen Juden lebten oder nicht – abhängig waren.